

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am Donnerstag, 11.04.2013, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Bernd Redeker
Ausschussmitglieder:	Sascha Biebricher Heinz Peter Boyken Dr. Susanne Engstler Jörn Kickler Bernd Köhler Walter Langer Alfred Müller
stellv. Ausschussmitglieder:	Peter Nieraad Hannelore Schneider
Ratsmitglieder:	Rudolf Böcker Hergen Eilers Djure Meinen Georg Ralle
Bürgermeister: von der Verwaltung:	Gerd-Christian Wagner Dirk Heise Ingrid Köhler Rainer Rädicker

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 27.02.2013
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anträge an den Rat der Stadt
- 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013
- 4.2 16. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
- 4.3 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzsatzung)
- 4.4 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2011; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresverlustes
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister
Kein Tagesordnungspunkt

6 Zur Kenntnisnahme

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Redeker eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest.

2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 27.02.2013

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 27.02.2013 wird einstimmig genehmigt.

3 Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner stellt die Frage, wie viele Mitarbeiter bei der Stadt Varel beschäftigt sind. Bekannt sei aus dem letzten Jahr eine Zahl von 380 Beschäftigten. Bürgermeister Wagner antwortet, dass sich im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Änderungen ergeben haben.

4 Anträge an den Rat der Stadt

4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013

Vorlage: 148/2013

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013 wird nebst dem Investitionsprogramm zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Verwaltung erläutert anhand einer Präsentation ausführlich die wesentlichen Positionen des Haushaltsentwurfs. Die Präsentation ist diesem Protokoll in der Anlage beigelegt. Zum Abschluss seiner Ausführungen appelliert Stadtoberamtsrat Rädicker an Rat und Verwaltung, strenge Haushaltsdisziplin zu halten. Zusätzliche Verpflichtungen dürften nur im Ausnahmefall eingegangen werden.

Zu dem vorgestellten Haushaltsentwurf fragt Ausschussmitglied Langer, in welchen Größenordnungen Positionen geschoben und gestrichen wurden. Die Verwaltung sagt zu, eine Aufstellung nachzuliefern.

Auf die Frage, welche Intention das angekündigte Immobilienkonzept verfolge, antwortet die Verwaltung, dass jede im Eigentum der Stadt Varel befindliche Immobilie einer Überprüfung unterzogen werde bezüglich ihrer Ausstattung, ihres Investitionsbedarfes und ihrer Verwendbarkeit.

Zur Frage nach der Nachhaltigkeit von Investitionen wird deutlich gemacht, dass die Verwaltung insbesondere bei den Baumaßnahmen auf eine nachhaltige Wirkung achtet.

Ratsherr Eilers führt für die Mehrheitsgruppe aus, dass nach Vorlage des ersten Haushaltsentwurfs mit einem geplanten Defizit von fast 4 Millionen Euro der vorliegende Entwurf mit einem Defizit von 1,5 Millionen Euro fast als Erfolg zu werten sei. Wichtig sei es, zukünftig die Lücke zwischen den Bedürfnissen der Bürger und den Möglichkeiten der Stadt Varel zusammenzuführen. Besonders umstritten seien in der Gruppe die Steuererhöhungen gewesen. Hier sei eine Obergrenze erreicht.

Insgesamt müssten weitere Schritte zur Haushaltssicherung folgen.

Ratsherr Böcker bedauert, dass eine angekündigte Zusammenarbeit mit der Mehrheitsgruppe nicht zustande gekommen sei. Er erwähnt verschiedene Kritikpunkte und lässt offen, ob seine Fraktion dem Haushaltsentwurf zustimmen wird oder nicht.

Ausschussmitglied Müller kritisiert die Höhe der zu zahlenden Kreisumlage. Jeder Steuerzahler werde individuell veranlagt, auch bei den Gemeinden müssten Unterschiede berücksichtigt werden. Auch die Haushaltspolitik des Landes Niedersachsen trage zur Verschlechterung der Situation der Gemeinden bei. Sicher müsse die Stadt Varel ihren Haushalt sparsam gestalten, sie habe aber auch das Recht, Hilfe anzumahnen.

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL hat nach Aussage von Ausschussmitglied Boyken beschlossen, nach der nicht stattgefundenen Zusammenarbeit mit der Mehrheitsgruppe den Haushaltsentwurf abzulehnen. Ausschussmitglied Boyken erwähnt verschiedene Kritikpunkte, viele Ausgaben des Haushaltsentwurfs für 2013 müssten noch überprüft und gestrichen werden. Wenn man Transferleistungen und Personalausgaben ausnehme, müssten in allen Haushaltspositionen generell 20 % gespart werden, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Jede Position sollte daraufhin überprüft werden.

Ausschussmitglied Langer stellt fest, dass die von seiner Fraktion angebotene Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen nicht zustande gekommen sei. Da die Ideen der Fraktion nicht in den Haushaltsentwurf eingeflossen seien, werde dem vorliegenden Entwurf nicht zugestimmt.

Bürgermeister Wagner führt aus, die Beratungen in der Mehrheitsgruppe seien ausgesprochen diffizil geführt worden und nach teilweise auch sehr kontroversen Diskussionen ausgesprochen konstruktiv verlaufen. Niemand trenne sich gern von liebgewordenen Dingen, nur leider komme man nicht mehr umhin, das zu tun.

Nach weiterer Diskussion zum Thema zukünftig notwendiger weiterer Einsparungen und der übereinstimmenden Bekundung, mit den Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 im Mai 2013 beginnen zu wollen, wird über den vorliegenden Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2013 wird nebst dem Investitionsprogramm in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die mittelfristige

Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 6 Nein: 4

4.2 16. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel Vorlage: 150/2013

Der Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 der Stadt Varel in der Fassung der 16. Fortschreibung wird zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ausschussmitglied Langer erkennt die Bemühungen, eine Konsolidierung des Haushalts zu erreichen.

Ausschussmitglied Boyken erklärt für die Fraktion ZUKUNFT VAREL, man werde das Haushaltskonsolidierungsprogramm ablehnen. Die Bemühungen seien erkennbar, aber die Grundlagen seien nicht gut. Er äußert anhand verschiedener Beispiele Kritik und weist darauf hin, dass vor allem im laufenden Haushalt nicht mehr ausgegeben werden dürfte, als eingenommen wird.

Auch Ausschussmitglied Köhler kann dem Haushaltssicherungskonzept nicht zustimmen und wird sich der Stimme enthalten.

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept 2013 der Stadt Varel in der Fassung der 16. Fortschreibung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 6 Nein: 2 Enthaltungen: 2

4.3 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzsatzung) Vorlage: 146/2013

Die Hebesätze für die Grundsteuer wurden zuletzt im Jahre 2009 von 340 % auf 360 % erhöht, der Gewerbesteuerhebesatz wurde zuletzt im Jahre 2004 von 350 % auf 370 % erhöht.

Eine Übersicht über die Hebesätze für die Gemeindesteuern in den im Bezirk der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer gelegenen Gemeinden sowie Beispiele zu den Auswirkungen der Hebesatzerhöhungen liegen dieser Vorlage an.

Im Rahmen der Haushaltssicherung zum Haushaltsplan 2013 ist eine Erhöhung der Grundsteuerhebesätze von 360 % auf 380 % und des Gewerbesteuerhebesatzes von 370 % auf 390 % eingeplant. Der anliegende Entwurf einer Hebesatzsatzung wird zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Erhöhung der Sätze führt dazu, dass im Bereich der Grundsteuern für das Jahr 2013 Mehreinnahmen in Höhe von 195.000,00 Euro eingeplant werden können. Im Bereich der Gewerbesteuer erhöht sich die Einnahmeerwartung von 6.100.000,00 Euro auf 6.429.600,00 Euro.

Ausschussvorsitzender Redeker kann einer Anhebung der Gewerbesteuersätze nicht zustimmen. Die Steuer stelle eine große Belastung gerade für kleine Unternehmen dar. Den Unternehmern sei nicht zu vermitteln, warum sie mehr zahlen sollen, während die Stadt Varel nicht mehr spare.

Beschluss:

Die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern (Hebesatzsatzung) in der Stadt Varel wird in der dieser Vorlage anliegenden Fassung beschlossen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 5 Nein: 3 Enthaltungen: 2

**4.4 Beschluss über den Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendam der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2011; Beschluss über die Entlastung des Vorstandes und über die Behandlung des Jahresverlustes
Vorlage: 142/2013**

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2011 des Alten- und Pflegeheimes Langendam der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung bestehend aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie dem Anhang einschließlich Anlagen- und Fördernachweis ist im Einvernehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel von der Kommuna-Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Delmenhorst, geprüft worden.

Der Prüfungsbericht liegt vor und enthält den nach § 32 Abs. 2 Eigenbetriebsverordnung vorgesehenen Bestätigungsvermerk, da sich Beanstandungen nicht ergeben haben. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Prüfungsbericht dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel übergeben. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel hält den Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für ausreichend und verzichtet gem. § 32 Abs. 3 Eigenbetriebsverordnung auf eigene ergänzende Feststellungen. Damit bestehen gegen die in § 33 Eigenbetriebsverordnung vorgesehenen Beschlüsse über

1. den Jahresabschluss,
2. die Entlastung des Vorstandes und
3. die Behandlung des Jahresverlustes

keine Bedenken.

Die Behandlung eines Jahresverlustes ist in § 12 Abs. 1 Eigenbetriebsverordnung geregelt:

„Ein Jahresverlust ist, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf die Rechnung des neuen Wirtschaftsjahres vorzutragen. Die Gewinne der folgenden fünf Jahre sind zunächst zum Abbau von Verlusten zu verwenden. Nach Ablauf von fünf Jahren nicht abgebaute Verluste können durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, soweit das Verhältnis von Eigen-

kapital und Fremdkapital angemessen bleibt; andernfalls ist der Verlust von der Gemeinde auszugleichen“.

Die Kommunalaufsicht des Landkreises Friesland hat vor dem Hintergrund der defizitären Haushaltslage der Stadt Varel und der Möglichkeit des Verlustausgleichs durch Überschüsse kommender Jahre darauf hingewiesen, dass Verluste vorzutragen sind.

Der Jahresverlust 2011 ist mit 73.037,21 € ausgewiesen. Gewinnvorträge für den Ausgleich stehen nicht zur Verfügung.

Bereits aus den Jahren 2008 bis 2010 besteht ein kumulierter Verlustvortrag in Höhe von

Jahresverlust 2008:	-50.777,16 EUR
Jahresverlust 2009:	-95.257,34 EUR
<u>Jahresüberschuss 2010:</u>	<u>1.496,26 EUR</u>
Gesamt	-144.538,24 EUR

Die Finanzplanung für das Alten- und Pflegeheim Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung sieht für die Jahre 2012 – 2016 weitere Fehlbeträge vor:

Wirtschaftsjahr 2012:	0,00 EUR
Wirtschaftsjahr 2013:	-57.600,00 EUR
Wirtschaftsjahr 2014:	-22.000,00 EUR
Wirtschaftsjahr 2015:	-44.700,00 EUR
<u>Wirtschaftsjahr 2016:</u>	<u>-4.700,00 EUR</u>
Gesamt	-129.000,00 EUR

Es ist somit absehbar, dass eine Verlustabdeckung durch etwaige Gewinne nach den derzeit gegebenen Strukturen und Entgelten kaum zu realisieren ist. Für eine nachhaltige Konsolidierung bedarf es einer spürbaren Entgelterhöhung. Die Aufnahme von Pflegesatzverhandlungen im laufenden bzw. kommenden Jahr wird daher geprüft.

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Alten- und Pflegeheimes Langendamm der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2011 wird beschlossen. Dem Vorstand wird vorbehaltlos Entlastung erteilt. Der ausgewiesene Jahresverlust per 31.12.2011 in Höhe von 73.037,21 EUR ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Einstimmiger Beschluss

5 Stellungnahmen für den Bürgermeister

Kein Tagesordnungspunkt

6 Zur Kenntnisnahme

Zur Beglaubigung:

gez. Bernd Redeker
(Vorsitzende/r)

gez. Ingrid Köhler
(Protokollführer/in)